



Foto: MecGreenie Productions

Als Politiker:innen ist es unsere Aufgabe Systeme zu erschaffen, die allen Menschen dienen und nicht nur Gewinne für die Wenigen erwirtschaften.

Alois Stöger
Abgeordneter zum Nationalrat

SPÖ

WIRTSCHAFTSPOLITIK FÜR DIE MENSCHEN

Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist ein Leben in Freiheit und ohne Ausbeutung für alle Menschen in einer lebenswerten Welt.

Die letzten Jahre haben uns gezeigt, wie neoliberale Wirtschaftspolitik funktioniert: Preisschocks durch diverse Krisen haben die Teuerung allgemein befeuert. Konzerne machen Gewinne auf Kosten der Umwelt und der Menschen.

Österreich ist Spitzenreiter bei der Inflation in Westeuropa, weil die aktuelle Bundesregierung dem Eingriff in die Preisentwicklung verweigert hat. Die andererseits eingeführte Erhöhung des Leitzinses ist allerdings ein massiver politischer Eingriff in die Wirtschaft.

ÜBERGEWINNE DURCH ZINSERHÖHUNG

Anstatt Preise zu senken, wird damit für Banken die Gelegenheit geschaffen, Übergewinne zu verzeichnen. Denn die Zinserhöhungen wurden nicht beim Sparen weitergegeben, aber sehr schnell bei Krediten.

Das angebliche Ziel hätte die Senkung der Inflation sein sollen, aber tatsächlich löst eine solche Zinserhöhung steigende Arbeitslosigkeit aus. Dies wiederum schwächt die Position der Arbeitnehmerseite bei den Lohnverhandlungen.

DEMOKRATIE GEFÄHRDET

Die Teuerung bringt nicht nur die gesamte Wirtschaft, sondern auch die Demokratie ins Wanken. Wenn das Leben, trotz Er-

werbsarbeit, nicht mehr leistbar ist, entstehen Unsicherheit und Ängste. Diese sind wiederum Nährboden für rechtsextreme und antidemokratische Bewegungen. Wir brauchen eine neue Form der Stabilisierungspolitik – eine, die zum Ziel hat, Grundbedürfnisse gegen diese Preisschocks abzusichern und die Welt, in der wir leben zu schützen.

POLITIK MUSS WIRTSCHAFT STEUERN

Konkret könnte dies durch mehr Investition im öffentlichen Verkehr erreicht werden. Die Fahrzeugindustrie würde dann vermehrt Busse und Bahninfrastruktur herstellen und ihre Produktion so umstellen. Auch die Entwicklung neuer Energieformen und ihre Herstellung würden Arbeitsplätze sichern und die Abhängigkeit von Lieferanten verringern.

Spätestens 2024 sollte nun allen klar sein, dass der Markt sich nicht von selbst regelt. Die Politik muss hier so weit wirken, dass eine faire Zukunft für die Menschen möglich wird.

Empfehlung:

Interview mit der Ökonomin Isabella Weber auf www.kontrast.at